

V-27 Gerechtigkeit stärken, Demokratie bewahren

Antragsteller*in: Sebastian Rössler (KV Odenwald-Kraichgau)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Deutschland ist ein reiches Land. Leider sind die Vermögen in Deutschland jedoch so ungleich verteilt wie in fast keinem anderen Land in Europa¹. Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen hierzulande knapp 54% des Gesamtvermögens, die ärmere Hälfte besitzt nicht einmal 3%¹! Gleichzeitig sind über 50% des Vermögens von den Vermögenden nicht erarbeitet worden, sondern wurden ererbt².

Führende Politiker*innen erklären den Menschen parallel mindestens seit der Eurokrise im Jahr 2008 sehr regelmäßig, dass staatliche Kürzungen stattfinden und die Menschen „den Gürtel enger schnallen“ müssen.

Niemand darf sich im Angesicht dieser Tatsachen wundern, wenn sich bei immer größeren Teilen der Bevölkerung die Überzeugung breit macht, dass „dieses System“ für sie nicht mehr funktioniert und sie sich den politischen Extremen zuwenden.

Insbesondere mit Blick auf die USA wird darüber hinaus deutlich, dass diese Unzufriedenheit, gepaart mit einer zu großen Vermögenskonzentration in den Händen einiger Weniger, enorme Gefahren für die Demokratie mit sich bringt.

Wir GRÜNE sehen sowohl die Sorgen der Menschen, die finanziell benachteiligt sind, als auch die Sorgen derer, die die Demokratie durch einen Mangel an sozialer Nachhaltigkeit akut in Gefahr sehen. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst und wir fordern wirksame Maßnahmen, die dazu führen, dass die berühmte „Schere zwischen Arm und Reich“ in Deutschland nicht weiter auseinander geht und dass bei zentralen staatlichen Aufgaben wie Bildung, Infrastruktur und Sozialsysteme, von denen in besonderem Maße Menschen mit weniger Vermögen profitieren, nicht weiter gekürzt wird. Kurzum: wir fordern Maßnahmen, die Deutschland wieder zu einem gerechteren und damit stabileren Land machen - zum Wohle der gesamten Gesellschaft.

Konkret handelt es sich dabei um die sich ergänzenden Instrumente einer neuen Vermögensteuer und einer Reform der Erbschaftsteuer.

Vermögensteuer

Um die Gerechtigkeitslücken zu schließen, die dafür sorgen, dass in Deutschland Vermögende, die mehr als 100 Mio. Euro besitzen, in der Praxis deutlich niedriger besteuert werden als Vertreter*innen der Mittelschicht, und Milliardär*innen in Deutschland sogar weniger Abgaben zahlen als ähnlich Vermögende in der Schweiz³, wollen wir eine nationale Vermögensteuer i.H.v. 2% für Vermögen über 100 Mio. Euro einführen, die damit ausschließlich die reichsten etwa 5000 Haushalte betrifft.

36 Keine Ausnahmen

37 Um Steuervermeidung bestmöglich zu unterbinden soll es keine Vermögenswerte
38 geben, die von der Steuer ausgenommen sind. Dem Argument, dass dies einen
39 immensen Aufwand bei der Erhebung der Steuer bedeutet, begegnen wir mit der
40 Tatsache, dass eine Prüfung in der Praxis nur bei einer sehr kleinen Anzahl an
41 Personen durchgeführt werden muss und die Erträge den Aufwand um Größenordnungen
42 übertreffen.

43 Arbeitsplätze schützen

44 Gegner*innen der Vermögensteuer arbeiten gerne mit dem Schreckgespenst von
45 Arbeitsplatzverlusten und sonstigen negativen Auswirkungen einer solchen Steuer.
46 Hochvermögende erzielen jedoch durchschnittliche jährliche Vermögenszugewinne,
47 die den geforderten Steuersatz um ein Vielfaches übersteigen. Die Steuerlast
48 wird also in aller Regel aus dem Vermögenszugewinn geleistet werden können.
49 Damit stellen wir sicher, dass auch sehr große Familienunternehmer*innen durch
50 die Steuer keinem Druck zu einer Veräußerung ihrer Unternehmen ausgesetzt sind.

51 Klimafreundliche Lenkungswirkung

52 Da sehr vermögende Personen insbesondere durch klimaschädliche Investitionen pro
53 Kopf besonders viel CO₂ ausstoßen, soll untersucht werden, inwieweit diese
54 Vermögensteuer eine Komponente erhalten kann, die klimafreundliche Investitionen
55 belohnt⁴. Eine solche Komponente entkräftet auch die häufig angeführten
56 Bedenken, wonach eine Vermögensteuer investitionshemmend wirken würde, da sie
57 nachhaltige, klimafreundliche Investitionen belohnen würde.

58 Erbschaftsteuer

59 Um längerfristig dafür zu sorgen, dass Deutschland wieder von einer
60 „Erbengesellschaft“ zu einer „Leistungsgesellschaft“ wird, reicht es nicht, nur
61 jährlich einen Teil der Vermögenszugewinne über eine Vermögensteuer
62 abzuschöpfen. Zusätzlich bedarf es einer gerechteren Gestaltung der
63 Erbschaftsteuer.

64 Die aktuellen Regelungen zur Erbschaftsteuer enthalten eklatante
65 Gerechtigkeitslücken, die dafür sorgen, dass die Steuerlast effektiv regressiv
66 ist. D.h. je mehr man erbt, desto kleiner wird der Prozentsatz, der an
67 Erbschaftssteuer zu leisten ist. Wir möchten das System vom Kopf auf die Beine
68 stellen und wieder dafür sorgen, dass eine progressive Besteuerung stattfindet.
69 Dazu bekräftigen wir noch einmal unsere Forderung der 50. BDK in Wiesbaden⁵.

70 Gleicher großzügiger Lebensfreibetrag für alle

71 Aufgrund wissenschaftlicher Ergebnisse soll ein persönlicher Lebensfreibetrag
72 mindestens im siebenstelligen Bereich festgelegt werden, der insgesamt
73 steuerfrei ererbt werden kann. Der Betrag soll so gewählt werden, dass nur die
74 höchsten Erbschaften überhaupt von der Erbschaftsteuer betroffen sein werden.
75 Selbstgenutzter Wohnraum soll auch weiterhin geschützt sein.

76 Steuersatz

77 Oberhalb des Freibetrags soll ein Steuersatz von etwa 25% für alle
78 Vermögensgegenstände gelten. Die Möglichkeit eines progressiven Steuersatzes
79 soll untersucht werden.

80 Weniger Ausnahmen

81 Die vielen, teilweise zur kompletten Steuerbefreiung führenden
82 Verschonungsregelungen und Ausnahmen sollen entfallen (außer § 13 ErbStG, der
83 u.a. den Schutz von Familienheimen und von Zuwendungen für die Ausbildung
84 regelt), insbesondere sollen die Regelungen zur Ausnahme von Betriebsvermögen
85 von der Erbschaftsteuer abgeschafft werden. Die Besteuerung darf real nicht wie
86 heute regressiv sein.

87 Arbeitsplätze schützen

88 Wie auch bei der Vermögensteuer, haben wir die Auswirkungen der Erbschaftsteuer
89 auf Unternehmensanteile und Arbeitsplätze fest im Blick. Um Unternehmen und
90 Arbeitsplätze nicht durch Liquiditätsengpässe zu gefährden, sollen großzügige,
91 langjährige Stundungsregelungsmöglichkeiten eingeführt werden, die Unternehmen
92 die Rückzahlung der Steuer dann ermöglichen, wenn sie diese aus ihrer Liquidität
93 heraus auch leisten können. Die Steuer kann unabhängig von der Art des
94 übertragenen Vermögens längerfristig gestundet und während des
95 Stundungszeitraumes in jährlichen Raten beglichen werden. Das schafft
96 Steuergerechtigkeit, sichert zugleich Arbeitsplätze und lässt Raum für
97 Investitionen.

98 Ergebnis

99 Durch die Vermögensteuer alleine erwarten wir laut Studienlage jährliche
100 Einnahmen i.H.v. 25 Mrd. Euro⁴. Insgesamt werden die Maßnahmen zu
101 Steuermehreinnahmen im mittleren zweistelligen Milliardenbereich führen. Dadurch
102 gelingt es uns die Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge, insbesondere
103 Bildung, Infrastruktur und soziale Absicherung, zu verbessern, von denen in
104 besonderem Maße Menschen mit keinem oder geringem Vermögen profitieren.

105 Da das Wirtschaftswachstum (und damit i.d.R. auch die Beschäftigtenquote) eines
106 Landes besonders dann durch gesteigerte Binnennachfrage profitiert, wenn die
107 Einkommensschwächsten ihren Einkommensanteil erhöhen können⁶, setzen wir mit
108 diesen Maßnahmen auch einen nachhaltigen Wachstumsimpuls für die Wirtschaft.

109 Wir sind fest davon überzeugt, dass die allermeisten Menschen gerne politisch in
110 der Mitte verbleiben möchten und sich nur in größter Not an Extreme und
111 Extremisten wenden. Dieses Maßnahmenpaket zeigt unmissverständlich, dass wir als
112 Partei aus der Mitte der Gesellschaft Antworten auf das drängende Problem der
113 Vermögensungleichheit haben. Es leistet damit nicht nur unmittelbar einen
114 Beitrag zum hohen Gut der Gerechtigkeit, sondern es trägt zur Sicherung unseres
115 sozialen Friedens und damit letztlich unserer freiheitlich demokratischen
116 Grundordnung bei, einer Errungenschaft, von der alle - ungeachtet ihres
117 Vermögens - letztlich profitieren.

Begründung

Die Begründung für diesen Antrag hat zwei wesentliche Dimensionen, nämlich eine inhaltliche und eine strategische, die im Folgenden klar dargelegt werden sollen.

Inhaltliche Begründung

Ausgangslage

Die Steuerlast für sehr vermögende Personen ist seit den frühen 1980er Jahren stark gesunken. Die Steuern auf Kapitalerträge sind von 56% auf etwa 26% (inklusive Solidaritätsbeitrag) und die Steuern auf Unternehmensgewinne von 62% auf unter 30% gesenkt worden. Die Idee dahinter war, dass durch die Entlastung der überaus Vermögenden ein Effekt einsetzen sollte, der dazu geführt hätte, dass durch vermehrte Investition und Konsum nach und nach auch die unteren Schichten der Gesellschaft profitieren (sog. „Trickle-Down-Ökonomie“). Nach nunmehr über 30 Jahren ist ein solcher Effekt laut führenden Wissenschaftler*innen nicht eingetreten.

„[...] eine Strategie des ‚Trickle Down‘ hat noch nie funktioniert und wird auch in der Zukunft nichts bringen, außer höhere Schulden und weniger Wohlstand.“ (Prof. Dr. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)) ([Quelle](#))

Auch der Wirtschaftsweisen Prof. Dr. Achim Truger sagte bereits 2021, dass die Steuerpolitik der letzten 30 Jahre die Ungleichheit verstärkt habe und dass es zumindest für Deutschland keine „Trickle-Down“-Wirkung gab. ([Quelle](#))

Sogar Papst Franziskus stellte bereits 2013 in einem apostolischen Schreiben fest, dass die „Trickle-Down“-Ökonomie ein „undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus[drückt], die die wirtschaftliche Macht in Händen halten“. ([Quelle](#))

Die deutsche Steuerpolitik führte im Ergebnis dazu, dass sehr Vermögende heute durchschnittlich geringere Abgabenlasten haben, als Vertreter*innen des Mittelstands. Milliardär*innen in Deutschland haben sogar eine geringere Abgabenlast als Milliardär*innen in der Schweiz. ([Quelle](#))

Insbesondere in Zeiten knapper Kassen, dringend benötigter Investitionen und schwindendem sozialen Zusammenhalt ist es unbedingt nötig, dass wir hier entschieden gegensteuern und wieder für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Positive wirtschaftliche Auswirkungen

Während die Gegner*innen von Substanzsteuern, wie Erbschaft- bzw. Vermögensteuern regelmäßig große Vorbehalte bezüglich etwaiger negativer wirtschaftlicher Auswirkungen von solchen Steuern anführen, soll hier auf positive wirtschaftliche Auswirkungen solcher Steuern hingewiesen werden.

Das deutsche Wirtschaftsmodell basierte in der Vergangenheit wesentlich auf starken Exporten, die in der aktuell herausfordernden Weltlage mehr und mehr unter Druck geraten. Wirtschaftswissenschaftler sind sich einig darin, dass die Antwort darauf eine Stärkung der Binnennachfrage sein muss.

Studien des Internationalen Währungsfonds ergaben, dass entgegen der „Trickle-Down“-Logik das Wirtschaftswachstum von Ländern gerade dann durch erhöhte Binnennachfrage zunimmt, wenn die Einkommensschwächsten ihren relativen Anteil am Gesamteinkommen vergrößern können ([Quelle](#)). Genau dazu führt das hier vorgeschlagene Maßnahmenpaket, da wir die Steuermehreinnahmen aus den Vermögen von Überreichen dazu verwenden wollen, staatliche Leistungen zu finanzieren, von denen in besonderem Maße ärmere Menschen profitieren. Als plakative Beispiele seien hier die

Preisstabilisierung des Deutschlandtickets oder der Ausbau der Betreuungsangebote für (Klein-)Kinder genannt. Von letzterem profitiert die Wirtschaft gleich doppelt, da insbesondere Frauen in Lohnarbeit kommen, die bisher aufgrund eines Mangels an Alternativen mit der Betreuung von Kindern beschäftigt sind.

Ökologische Lenkungswirkung

Sehr vermögende Menschen haben laut Studienlage einen bis zu 44 mal höheren CO₂ Ausstoß im Vergleich zu dem eines durchschnittlichen Menschen in der unteren Einkommenshälfte. Dieser enorm hohe CO₂ Ausstoß wird zum Großteil durch klimaschädliche Investitionen ausgelöst. Um dem zu begegnen befürworten wir die Untersuchung einer möglichen Zusatzbelastung bei der Vermögensteuer für diejenigen, deren Investitionen nicht mit den Paris-Zielen übereinstimmen.

Damit bekommt die Vermögensteuer nicht nur eine soziale und finanzpolitische sondern auch eine klimapolitische Lenkungswirkung und führt somit zu einer Win-Win-Win-Situation.

Strategische Begründung

Der Anteil derer, die ein geringes oder kein Vertrauen in Exekutive und Legislative in Deutschland haben, steigt seit Jahren und erreicht aktuell etwa die Hälfte der Menschen ([Quelle](#)). In dieser Situation muss allen Beteiligten klar werden, dass ein einfaches "Weiter so!" keine Option sein kann. Die bedeutenden demokratischen Parteien tun sich jedoch offensichtlich schwer damit, sich an diese Situation anzupassen und Antworten zu geben, deren Größe der Größe der Herausforderungen angemessen sind.

Dadurch entsteht ein politisches Vakuum, das bisher insbesondere Rechtsextreme für sich zu nutzen wissen. Diese Entwicklung ist eine echte Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung und damit für das Fundament unserer Gesellschaft.

62% der Menschen insgesamt, 84% unserer Wähler*innen und sogar 55% der Unionswähler*innen stimmen der Einführung einer Vermögensteuer ab 1 Mio. Euro zu ([Quelle](#)). Die Zustimmungswerte zu einer Vermögensteuer ab 100 Mio. Euro, wie sie in diesem Antrag vorgeschlagen wird, wären logischerweise noch einmal deutlich höher.

Wir GRÜNE verstehen, dass ein Mangel an Gerechtigkeit in bedeutendem Maße zum Vertrauensverlust in unser System beigetragen hat.

Dieser Antrag soll zeigen dass wir das Thema Gerechtigkeit bei der Stabilisierung unserer Gesellschaft als zentral ansehen und wir bereit sind, große Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit zu geben.

Quellen

¹ Bundesbank: „Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023“, [Link](#)

² Finanzwende Recherche, „Die eklatante Vermögensungleichheit unserer Erbgengesellschaft“, [Link](#)

³ Netzwerk Steuergerechtigkeit, „Superreiche (wieder) gerecht besteuern“, [Link](#)

⁴ Greenpeace „Billions for Millions“, [Link](#)

⁵ Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, „Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren“, [Link](#)

⁶ IWF, „Causes and Consequences of Income Inequality“, [Link](#)

weitere Antragsteller*innen

Tanja Geuder (KV Odenwald-Kraichgau); Rainer Orzada (KV Odenwald-Kraichgau); Stephan Orzada (KV Odenwald-Kraichgau); Karlheinz Agsteiner (KV Odenwald-Kraichgau); Frank Sängler (KV Odenwald-Kraichgau); Tanja Toure (KV Essen); Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau); Anja Wirtherle (KV Odenwald-Kraichgau); Lisa Wagner (KV Odenwald-Kraichgau); Lisa Herberger (KV Odenwald-Kraichgau); Gabriele Pusche-Kaufmann (KV Odenwald-Kraichgau); Markus May (KV Essen); Rolf Kaufmann (KV Odenwald-Kraichgau); Markus Palme (KV Odenwald-Kraichgau); Clara Maria König (KV Odenwald-Kraichgau); Marc Zietan (KV Essen); Aidan Zimmer (KV Odenwald-Kraichgau); Thomas Dräbing (KV Odenwald-Kraichgau); Simon Dieterich (KV Odenwald-Kraichgau); sowie 49 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.